

Unfrustrierbar – Für eine selbstbewusste und eigenständige ostdeutsche Perspektive

Der Aufbau Ost dauert länger als manche versprochen und viele erwartet haben. Die Arbeitslosigkeit ist doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Zusätzlich lähmen Überalterung der Gesellschaft, niedrige Geburtenrate, Abwanderung, die hohe Verschuldung der Länderhaushalte und frühere Fehlsteuerungen in der Wirtschaftspolitik die Dynamik der ostdeutschen Gesellschaft. Zwar finden inzwischen einige leistungsstarke Regionen in Ostdeutschland Anschluss an das westdeutsche Niveau. Doch insgesamt werden die regionalen Unterschiede größer.

Das verarbeitende Gewerbe im Osten wächst zwar deutlich schneller als in Westdeutschland, dies spiegelt sich aber wegen der Krise der Baubranche nicht in der Gesamtbilanz der ostdeutschen Wirtschaft wider und trägt aufgrund des hohen Modernisierungsgrades zu wenig zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei. Unser Ziel bleibt die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West. Mit Blick auf die besondere Lage im Osten stehen daher für uns folgende Themen im Zentrum:

1. Soziale Gerechtigkeit

Unteilbar gerecht!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die politische Kraft, die Gerechtigkeit als zentralen Wert umfassend definiert. Mit uns gibt es keine soziale Gerechtigkeit auf dem Rücken kommender Generationen. Soziale Gerechtigkeit gilt nicht nur für Männer, sondern für Frauen gleichermaßen, für Junge wie für Alte, für Ost- wie für Westdeutsche. Für uns ist soziale Gerechtigkeit weit mehr als die Verteilung materieller Güter. Soziale Gerechtigkeit heißt insbesondere, Chancen zu eröffnen, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen zu können.

Die größte Ungerechtigkeit im Osten ist die Arbeitslosigkeit. Arbeitslose mit Lohnersatzleistungen zu versorgen ist notwendig, reicht aber nicht aus. Über die Erhöhung der Regelsätze des ALGII, ihre Angleichung zwischen Ost und West, die Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten, die gerechtere Anrechnung der Partnereinkommen oder der Altersersparnisse hinaus geht es uns vor allem um die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Osten. Wir stärken diejenigen, die von Arbeit, von Bildung, von den Grundbedingungen eines gesunden Leben und von politischer und kultureller Teilhabe ausgeschlossen sind und fördern sie in ihren Fähigkeiten. Das ist für uns echte Chancengerechtigkeit.

2. Arbeitsplätze, Wirtschaft

Neue Unternehmer braucht das Land

Wir wollen Klima und Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so gestalten, dass es sich wieder lohnt, Unternehmer zu werden bzw. zu sein. Unternehmer schaffen neue Arbeitsplätze. Die in Ostdeutschland bestehende Lücke bei kleinen und mittelständischen Unternehmen wird nur geschlossen, wenn wir die Gründung neuer Unternehmen fördern.

Insbesondere wollen wir die Bedingungen für die Mittelstandsfinanzierung verbessern. Die Unternehmen müssen sowohl bei Neugründungen als auch bei Erweiterungen leichter an Kredite kommen, und das Hausbankenprinzip bei Krediten der KfW muss überdacht werden. Außerdem müssen in Ostdeutschland neue Wege bei der Besicherung von Krediten gegangen werden, da die traditionelle Beleihung von Immobilien und Anlagen durch die Banken nur noch in geringem Maße akzeptiert wird. Besonders gute Chancen sehen wir für Neugründungen neben dem verarbeitenden Gewerbe bei den unternehmensnahen Dienstleistungen, im Tourismus, in der Gesundheitswirtschaft und bei den regenerativen Energien.

3. Bildung und Innovationen

Bildung statt Beton

Wir wollen die ostdeutsche Wirtschaftsförderung so ausrichten, dass qualitativ hochwertige Unternehmen und Arbeitsplätze entstehen, gerade auch durch und für Frauen. So bieten wir jungen, qualifizierten Menschen eine berufliche und persönliche Perspektive. Notwendig ist dazu der Auf- und Ausbau von Wissens-, Bildungs- und Forschungsregionen im Osten. Wir wollen nicht länger in Straßen, sondern in die Köpfe der Menschen investieren. Wir wollen die Vernetzung von Forschung und Wirtschaft vorantreiben. Universitäten und Fachhochschulen brauchen genauso wie Kommunen und Unternehmen mehr Anreize, Forschungsergebnisse in die Produktion zu schicken. Die Hochschulen müssen anziehend sein für alle, die wissbegierig und risikobereit sind. Deswegen bleibt mit uns das Erststudium gebührenfrei, denn an die Hochschule gehört, wer das Zeug dazu hat.

4. Kinderbetreuung

Die Weichen werden früh gestellt

Wir wollen mehr und früher fördern. Dabei müssen wir zugunsten der Kleinen umschichten, denn Bildung beginnt mit der Kinderbetreuung. Wir wollen das gute Angebot an Betreuungsmöglichkeiten im Osten erhalten und die Qualität der pädagogischen Arbeit verbessern. Deswegen müssen wir auch die Qualifizierung der Erzieherinnen verbessern und auf Fachhochschulniveau bringen. Nur eine verlässliche Kin

derbetreuung ist die Voraussetzung dafür, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen im Beruf haben.

Kinderbetreuung muss flächendeckend und bedarfsorientiert zur Verfügung stehen. Wir wollen, dass das Angebot einer Kita beginnend im letzten Jahr vor der Schule gebührenfrei wird.

5. Umwelt- und Verbraucherschutz

Auf die Lebensqualität kommt es an

Mit uns Grünen hat im Umwelt- und Verbraucherschutz ein neues Zeitalter begonnen. Gesundes Wohnen, Schutz vor Lärm und Staub, attraktive öffentliche Verkehrsmittel, gesunde Ernährung und Atomausstieg: Lebensqualität steht bei uns ganz oben auf der Tagesordnung. Deswegen wollen wir auch weiterhin unsere Lebensräume schützen und Landwirtschaft, Verkehr und Industrie umweltgerecht weiterentwickeln. Die Zukunft des Ostens liegt nicht in Bombenabwurfplätzen wie der Kyritz-Ruppiner-Heide, die CDU- und SPD-Politiker planen. Wir setzen dagegen: sanfter Tourismus, naturverträgliche Landwirtschaft, Erneuerbare Energien, neue Dienstleistungen. Mit Grün gibt es Klasse statt Masse. Denn auf die Lebensqualität kommt es an!

6. Demografischer Wandel

Wandel gestalten

Der Osten ist mit den Folgen des demografischen Wandels früher und härter konfrontiert als Westdeutschland. Deshalb haben wir die Chance, hier neue Wege zu beschreiten, die für das gesamte Land richtungweisend sind. Entscheidend wird dabei sein, dass die Menschen in den Städten und Gemeinden diesen Wandel mitgestalten. Nur gemeinsam können positive Perspektiven auch für schrumpfende Regionen entwickelt werden. Gerade Jugendliche brauchen kulturelle Angebote und berufliche Perspektiven, um in ihrer Heimat zu bleiben. Jugendliche entwickeln gute Ideen für ihre Region. Das hat das Programm „Wir... hier und jetzt!“ gezeigt, für dessen Fortsetzung wir uns stark machen. Auch das erfolgreiche Programm „Stadtumbau Ost“ soll über das Jahr 2009 weitergeführt werden.

7. Bürgerrechte / Rechtsextremismus

Aufstehen dagegen!

Bürger- und Menschenrechte stehen im Zentrum unserer Politik. Gewalt gegen Schwächere, Andersdenkende oder Ausländer als Antwort auf die gesellschaftlichen Probleme lehnen wir grundsätzlich ab. Uns geht es um Anerkennung und Respekt für unterschiedliche Lebensentwürfe und für jeden Einzelnen. Rechtsextreme Anschauungen tolerieren wir nicht. Wir wollen aufklären über die Verbrechen der Nazizeit und Lehren aus der Vergangenheit ziehen. Demokratische Werte und Solidarität müssen frühzeitig in den Schulen vermittelt werden. Das wirkungsvollste Mittel gegen

Rechtsextreme ist eine aktive Zivilgesellschaft mit demokratischen Netzwerken. Wir setzen uns dafür ein, dass die zivilgesellschaftlichen Programme des Bundes für Demokratie und gegen Rechtsextremismus weiterfinanziert werden. Wir unterstützen bürgerschaftliches Engagement, weil es zu einer lebendigen und demokratischen Gesellschaft beiträgt.

Steffi Lemke (Politische Bundesgeschäftsführerin)

Katrin Göring-Eckardt (Bundestagsfraktionsvorsitzende und Landesvorsitzende Thüringen)

Peter Hettlich (Bundestagsabgeordneter und Sprecher der AG Ost der Bundestagsfraktion)

Astrid Rothe (Landesvorsitzende Thüringen)

Claus Krüger (Landesvorsitzender Sachsen)

Till Heyer-Stuffer (Landesvorsitzender Berlin)

Inès Brock (Landesvorsitzende Sachsen-Anhalt)

Jürgen Suhr (Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern)

Joachim Gessinger und Katrin Schröder (Landesvorsitzende Brandenburg)

Antje Hermenau (Landtagsfraktionsvorsitzende Sachsen)